

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Stadtkämmerei-Vergabestelle

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Grundschule 19, 2.BA - Rohbauarbeiten

Beschreibung: Erweiterung Grundschule 19- 2.BA , "Christian Reichart-Schule", Im Gebreite 34, 99094 Erfurt

Kennung des Verfahrens: 34867161-bc4f-4a8a-ab84-a0907095627e

Interne Kennung: OVB 417/26-23

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Bauleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45223220 *Rohbauarbeiten*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Im Gebreite 34

Ort: Erfurt

Postleitzahl: 99094

NUTS-3-Code: *Erfurt, Kreisfreie Stadt (DEG01)*

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Rein nationale Ausschlussgründe: I. Angabe mittels Eigenerklärung (z.B. im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung für Bauleistungen" - Bestandteil der Vergabeunterlagen bzw. Erklärung Selbstreinigung gem. § 125 GWB).

Zwingende Ausschlussgründe gem. § 123 Abs. 1 GWB:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB

(Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische

Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen

Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen,

dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet

werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,

3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen

Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag

verwaltet werden,

5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der

Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder

in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a

und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),

7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern sowie unzulässige

Interessenwahrnehmung),

8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung

mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung

ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB

(Menschenhandel, Zwangsprostitution,

Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

Fakultative Ausschlussgründe gem. § 124 Abs. 1 GWB:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen

geltende
umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens
ein Insolvenzverfahren
oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die
Eröffnung
eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das
Unternehmen
im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine
schwere Verfehlung
begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; §
123
Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt,
dass
das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder
Verhaltensweisen
aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder
Verfälschung
des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der
die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber
tätigen
Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und
der durch
andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden
kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in
die
Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese
Wettbewerbsverzerrung
nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines
früheren
öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd
mangelhaft
erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu
einer
vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine
schwerwiegende
Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage
ist, die
erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in
unzulässiger
Weise zu beeinflussen,
b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige
Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die
Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen

könnten,
oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

II. Angabe mittels Eigenerklärung (Formblatt "Eigenerklärung zur Umsetzung Sanktionsverordnung"
- Bestandteil der Vergabeunterlagen): RUS-Sanktionen: Umsetzung von Artikel 5k Abs.
1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung
(EU) 2022/1269 des Rates v. 21.07.2022

Angabe mittels Eigenerklärung (Formblatt "Eigenerklärung zum ThürVgG" - Bestandteil
der Vergabeunterlage): Die Vergabe unterliegt den Regelungen des Thüringer Vergabegesetzes
(ThürVgG).

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0000

Titel: Grundschule 19, 2.BA - Rohbauarbeiten

Beschreibung: Erweiterung Grundschule 19- 2.BA , "Christian Reichart-Schule", Im Gebreite 34, 99094

Erfurt

- ca. 800 m² Bodenplatte, WU-Bauweise, Dicke 30-40 cm
- ca. 280 m² Stahlbeton-Elementewände, WU, Dicke 30 cm
- ca. 70 m³ Stahlbeton-Stürze/ Unterzüge/ Aufkantung in Ortbetonbauweise
- ca.150 m² Mauerwerk KS, Dicke 11,5 cm
- ca.1350 m² Mauerwerk KS, Dicke 24 cm
- ca. 150 t Betonstahl / Mattenstahl
- ca.1450 m² Betondecken aus Halbfertigteilen
- ca.8 Stck Betontreppenläufe, gerade, als Fertigteile, 6-12 Stg., Breite bis 1,50 m

Interne Kennung: OVB 417/26-23

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 45223220 Rohbauarbeiten

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Im Gebreite 34

Ort: Erfurt

Postleitzahl: 99094

NUTS-3-Code: Erfurt, Kreisfreie Stadt (DEG01)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 11/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 09/06/2027

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

Hinweis gemäß § 11 Abs. 3 VgV:

Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind

die Clients und Webanwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform.

Diese werden über die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de

zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bieter

für elektronische Signaturen, die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung

von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten

und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung

AnA-Web und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete

Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web

bzw. Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der elektronischen

Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit.

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: *Präqualifizierte Unternehmen*

führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis).
Bei präqualifizierten Unternehmen sind für die benannten anderen Unternehmen keine Unterlagen vorzulegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, werden nur bei begründeten Zweifeln an der Eignung der vorgesehenen anderen Unternehmen auf gesondertes Verlangen die „Eigenerklärung zur Eignung für Bauleistungen“ oder die EEE, mitunter ergänzt durch die Bescheinigungen zuständiger Stellen nachgefordert. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot entweder die „Eigenerklärung zur Eignung für Bauleistungen“ oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung für Bauleistungen“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung von Bauleistungen“ liegt der Vergabeunterlage bei.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Eigenerklärungen für folgende Eignungsanforderungen:

- > Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
- > Erklärung, dass in den letzten fünf Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt wurden
- > Erklärung, dass die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen
- > Erklärung über die Eintragung im Handelsregister, Eintragung in der Handwerksrolle oder ggf. keine Verpflichtung zur Eintragung in die genannten Register besteht
- > Erklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- > Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt:
- > Es dürfen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- > Eigenerklärung, dass das Unternehmen in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist
- > Oder für das Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- > Zwar für das Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, jedoch für das Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen worden, durch die das Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde.
- > Das keine Ausschlussvoraussetzungen gem. § 22 Abs. 1 S. 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) vorliegen und das Unternehmen nicht mit einer Geldbuße gem. § 22 Abs. 2 LkSG

belegt worden ist.

> Erklärung über die ordnungsgemäße Erfüllung zur Zahlung von Steuern und Abgaben

sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur

Beitragszahlung unterfallen

> Erklärung, dass sie Mitglied einer Berufsgenossenschaft sind

Die Bescheinigungen (Nachweise zur Bestätigung der Eigenerklärungen) umfassen die

folgenden Angaben:

> drei Referenznachweise (Referenzbestätigungen) aus den letzten fünf Kalenderjahren

vergleichbare Leistungen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten

Leistung; Auftragssumme, Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem

Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschließlich Angabe der ausgeführten

Mengen; Zahl der hier durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige

Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw.

(bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller

Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal);

Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer);

ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung

des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

> Erklärung zur Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen

Kalenderjahren jahresdurchschnittlich

beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem

Leitungspersonal

> Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte)

bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

> Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen

beitragspflichtig ist

> Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen,

falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt

> Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz

> Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers

mit Angabe der Lohnsummen

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: 100 % Preis

Beschreibung: 100 % Preis

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=891338>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=891338>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 27/10/2026 09:30 +01:00

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 56 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Im Weiteren gelten die Bestimmungen des § 16a EU VOB/A:

Der öffentliche Auftraggeber muss Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen,
unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern,
fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen – insbesondere Erklärungen, Angaben
oder Nachweise – nachzureichen, zu vervollständigen oder – mit Ausnahme von
leistungsbezogenen Unterlagen – zu korrigieren (Nachforderung).
Fehlende Preisangaben dürfen nicht nachgefordert werden. Dies gilt nicht
für Angebote,
bei denen lediglich in unwesentlichen Positionen die Angabe des Preises fehlt und
sowohl durch die Außerachtlassung dieser Positionen der Wettbewerb und

die Wertungsreihenfolge
nicht beeinträchtigt werden als auch bei Wertung dieser Positionen mit dem
jeweils
höchsten Wettbewerbspreis.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:

Nein

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **nein**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **nein**

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Thüringer Landesverwaltungsamt, Referat 250-
Vergabekammer, Vergabeangelegenheiten

Informationen über die Überprüfungsfristen: Entsprechend der Regelungen in
§ 160 GWB:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen
Auftrag

der der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6
durch

Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen,
dass dem

Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein
Schaden entstanden

ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften
vor Einreichen

des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht
innerhalb einer

Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2
bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung
erkennbar sind,

nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur
Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen
erkennbar

sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Stadtkämmerei-Vergabestelle

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Stadtkämmerei-Vergabestelle

8 Organisationen

8.1 ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Stadtkämmerei-Vergabestelle

Identifikationsnummer: 16051000-0001-83

Postanschrift: Fischmarkt 1

Ort: Erfurt

Postleitzahl: 99084

NUTS-3-Code: *Erfurt, Kreisfreie Stadt* (DEG01)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabestelle@erfurt.de

Telefon: +49 361 6551284

Internet-Adresse: <https://www.erfurt.de/ef111226.html>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesverwaltungsamt, Referat 250-Vergabekammer, Vergabeangelegenheiten

Identifikationsnummer: 16900334-0001-29

Ort: Weimar

Postleitzahl: 99423

NUTS-3-Code: *Weimar, Kreisfreie Stadt* (DEG05)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer@tlvwa.thueringen.de

Telefon: 000

Fax: +49 361 573321059

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4777fa05-2503-409f-b624-558626f4bb39 - 02

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/09/2026 09:26 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*